

Mazedonien

Oliver Schwarz

Das politische System Mazedoniens durchlebt seine schwerste Krise seit 2001. Die von der Opposition veröffentlichten Abhörprotokolle haben aufgezeigt, wie das ‚System Gruevski‘ in den vergangenen Jahren den Rechtsstaat zurückgebaut, die Verwaltung politisiert und individuelle Freiheiten beschnitten hat. Erst nachdem sich der bereits seit Jahren schwelende Konflikt zwischen Regierung und Opposition in Massenprotesten manifestierte und durch den umstrittenen Kumanovo-Einsatz mazedonischer Polizeikräfte eine sicherheitspolitische Dimension bekam, schaltete sich die Europäische Union ein. Von der Europäischen Kommission geführte Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien führten zu einer Reformagenda und schließlich zum Rücktritt des mazedonischen Premierministers.

Abkommen von Przino

Die im Februar 2015 durch den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Mazedoniens (SDSM), Zoran Zaev, ausgelöste Abhöraffäre setzte die Kommission unter Zugzwang. Johannes Hahn, Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, rief eine unabhängige Expertengruppe ins Leben, um die Vorfälle zu untersuchen. Die Arbeitsgruppe unter der Leitung von Reinhard Priebe, ehemaliger deutscher Verwaltungsrichter und Direktor in der Kommission, führte von April bis Mai 2015 eine Reihe von Gesprächen mit verschiedenen Akteuren und gesellschaftlichen Gruppen. Der am 8. Juni 2015 präsentierte 20-seitige Abschlussbericht¹ konzentriert sich auf fünf Hauptpunkte: das massenhafte illegale Abhören von Kommunikation, der Zustand der Justiz- und Strafverfolgungsorgane, die Arbeit weiterer Institutionen wie die des Ombudsmanns und der Datenschutzbehörde, die Durchführung von Wahlen und die Lage der Medien. Der Bericht hält zwar fest, dass die vorherrschenden rechtlichen Rahmenbedingungen keinen besonderen Anlass zur Sorge böten und die relevanten Akteure im Allgemeinen professionell und kompetent arbeiteten. Es heißt aber auch unmissverständlich: „There is however a lack of proper, objective and unbiased implementation. The considerable gap between legislation and practice has to be urgently addressed and overcome.“ Die Expertengruppe hat es jedoch nicht nur dabei belassen, den Status quo zu beschreiben, sondern sie hat zu den einzelnen Punkten auch konkrete Politikempfehlungen formuliert. Diese wurden von der Europäischen Kommission aufgegriffen und in eine Liste „Dringender Reformprioritäten“ überführt.² Am 2. Juni 2016 hatten sich die Vorsitzenden der vier großen mazedonischen Parteien bereits unter der Leitung von Kommissar Hahn auf das Abkommen von Przino verständigt. Das Abkommen wurde in verschiedenen Verhandlungsrunden weiter ergänzt und fand seine endgültige Fassung am 15. Juli 2015, die im

1 European Commission: The former Yugoslav Republic of Macedonia: Recommendations of the Senior Experts' Group on systemic Rule of Law issues relating to the communications interception revealed in Spring 2015, 8 June 2015.

2 European Commission: Urgent Reform Priorities for the former Yugoslav Republic of Macedonia, June 2016.

Kern folgende Punkte vorsieht: Rückkehr der Opposition ins Parlament, Stopp der Veröffentlichung der Abhörprotokolle, Berufung einer Sonderstaatsanwaltschaft zur Untersuchung der in den Protokollen aufgezeigten Straftaten, Beteiligung der Opposition an der Regierung, Bereinigung der Wählerlisten, Reform des Wahlrechts sowie Gewährleistung der Freiheit der Medien.³ Schließlich solle Premierminister Nikola Gruevski 100 Tage vor neu abzuhaltenden Parlamentswahlen zurücktreten. Als Wahltermin wurde zunächst der 24. April, dann der 5. Juni 2016 festgelegt.

Rücktritt des Premierministers

Angesichts dieser Vereinbarung entschied sich die Europäische Kommission im Rahmen ihres alljährlichen Fortschrittsberichtes dafür, ihre Empfehlung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien aufrechtzuerhalten. Relativ deutlich koppelte sie diese Entscheidung jedoch an die „kontinuierliche Umsetzung“ des Przino-Abkommens sowie „substanzielle Fortschritte“ bei der Umsetzung der angemahnten Reformprioritäten.⁴ Schnell wurde allerdings offenbar, dass die mazedonische Regierung alles daran setzte, eben diese Umsetzung zu hintertreiben.⁵ Erst die Berufung der Sonderstaatsanwaltschaft am 15. September 2015 sowie der Rücktritt von Gruevski am 18. Januar 2016 änderten die Lage. Am 12. Februar 2016 präsentierten die drei Staatsanwältinnen Katica Janeva, Fatime Fetaj und Lence Ristoska der Öffentlichkeit die ersten Ergebnisse ihrer Arbeit.⁶ Die Regierung stellte daraufhin die Rechtmäßigkeit der Sonderstaatsanwaltschaft infrage. Schließlich stellte der seit 2009 amtierende Staatspräsident Gjorge Ivanov am 12. April 2016 insgesamt 56 Personen unter Amnestie, gegen die ermittelt wurde. Ivanov ist zwar selbst nicht Mitglied der regierenden VMRO-DPMNE (Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für Mazedonische Nationale Einheit), steht dieser Partei jedoch nahe und wurde 2009 von der VMRO-DPMNE für die Präsidentschaftswahlen nominiert. In der mazedonischen Hauptstadt kam es infolge des Amnestiebeschlusses zu gewaltsamen Protesten. Sowohl die Europäische Union als auch die USA erklärten den Beschluss als nicht hinnehmbar. Aufgrund der sich zuspitzenden politischen Krise untersagte das Verfassungsgericht in einem Urteil vom 18. Mai 2016 sämtliche Aktivitäten, die ein Wahlkampf umfasst. Der anberaumte Termin für die vorgezogenen Neuwahlen wurde daraufhin vom mazedonischen Parlament abgesagt. Erweiterungskommissar Hahn, inzwischen in seinen Vermittlungsbemühungen von der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, unterstützt, reagierte auf die Entscheidung des Verfassungsgerichts mit Zustimmung.⁷

Weiterführende Literatur

Wolf Oschlies: Makedonien 2001 – 2004. Kriegstagebuch aus einem friedlichen Land, Berlin 2004.

Stefan Troebst: Das mazedonische Jahrhundert. Von den Anfängen der nationalrevolutionären Bewegung zum Abkommen von Ohrid 1893-2001, München 2007.

3 European Commission: Statement by Commissioner Hahn and MEPs Vajgl, Howitt and Kukan: Agreement in Skopje to overcome political crisis, 15 July 2015.

4 Europäische Kommission: Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen 2015-2016, COM (2015) 611 final, S. 18.

5 Lutz Schrader: Mazedonien, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 27.4.2016.

6 Keno Verseck: Mazedonien: Die Unbestechlichen gegen den Mafia-Staat, in: Spiegel Online, 11.3.2016.

7 Joint statement by High Representative/Vice-President Federica Mogherini and Commissioner Johannes Hahn on the latest developments in the former Yugoslav Republic of Macedonia, 18 May 2016.